

Pressemitteilungen 2005

9.11.2005

Gesundes Essen...

Bisher hatten wir auf dem Lebensmittelmarkt einen riesengrossen Vorteil. In unserem Lande und in weiten Teilen Europas wurden und werden hochwertige Nahrungsmittel produziert, die gesund und bekömmlich sind. Ist es nun ein so unmögliches Verlangen, wenn ich gesunde Lebensmittel ohne gentechnische „Beigaben“ möchte? Gesundes Essen kann nur gentechfrei sein! Dies wollen auch weite Teile unserer Bevölkerung. Bis heute hat die Wissenschaft nicht stichhaltig beweisen können, dass gentechnische Veränderungen bei Pflanzen und Tieren problemlos sind. Deshalb sind diese Risiken auch nicht versicherbar!

In unseren Läden können wir naturnah produzierte Lebensmittel kaufen. Wollen wir das alles aufs Spiel setzen, wenn wir gentechnischen Veränderungen relativ grossen freien Lauf lassen? Nur eine gentechnikfreie Landwirtschaft garantiert uns auch in den kommenden Jahrzehnten gesunde Lebensmittel. Man kann das auch als Beitrag zur Volksgesundheit betrachten! Darum stimme ich ja zur Volksinitiative „für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft“.

Rudolf Keller, SD-Landrat, Frenkendorf

8.11. 2005

SD gegen Ausverkauf der Heimat

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen mit grossem Missmut von den Plänen des Bundesrates Kenntnis, die Lex Koller (vormals Lex Friedrich) vollständig aufzuheben und somit den Grundstücksverkauf an Personen im Ausland völlig freizugeben. Mit dieser Aufhebung der Gesetzesbestimmungen missachtet die Landesregierung den deutlichen Volksentscheid vom 25. Juni 1995. Damals sind 53 Prozent der Stimmenden dem SD-Referendum gegen die Lockerung der Lex Koller (gegen den «Ausverkauf der Heimat») gefolgt. Bereits jetzt kündigen die Schweizer Demokraten (SD) schärfsten Widerstand gegen die Aufhebung der Lex Koller an und prüfen das neuerliche Referendum. Niemals werden die SD auch nur einen Teilausverkauf der Heimat zulassen.

8.11.2005

SD zu den Rassenkrawallen in Frankreich

Die Schweizer Demokraten (SD) schauen sorgenvoll auf die Entwicklungen in Frankreich. Die seit Tagen andauernden Ausschreitungen in den französischen Banlieus zeigen genau jene Entwicklungen für ganz Europa auf, die eintreten, wenn die bisherige Einwanderungspolitik in vollem Ausmass weitergeht. Die fürchterlichen Bilder aus den französischen Ghetto-Vorstädten zeigen damit einmal mehr, dass der Ruf nach einem sofortigen Zuwanderungsstopp, nach griffigen Integrationsmassnahmen sowie nach Minuszuwanderung weder populistisch noch menschenverachtend ist.

In diesen Tagen zeigt sich auch, dass Integration weder «von oben» verordnet noch herbeigeredet werden kann. Auch hierzulande ist die Situation in manchen Stadtteilen von Basel, Bern, Genf und Zürich bereits soweit fortgeschritten, dass die schweizerische Bevölkerung durch die Zuwanderungsschübe zu einer Minderheit geworden ist. Dies birgt die Gefahr der Heranbildung von Parallelgesellschaften.

Die Schweiz wie auch Europa täten gut daran, sich endlich mit dem Problem der Zuwanderung ernsthaft auseinanderzusetzen. Pseudohumanistische Motive und wortreiche Erklärungen werden nicht ausreichen, um dieses Problem zu lösen. Nationalrat Bernhard Hess wird deshalb in der Wintersession eine Motion einreichen, welche die gesetzlichen Grundlagen schaffen soll, damit kriminelle Ausländer umgehend ausgeschafft werden können. Zudem will Hess vom Bundesrat wissen, ob ähnliche Ausbrüche von Hass und Gewalt junger Migranten auch hierzulande auszuschliessen sind und welche Massnahmen die Landesregierung gegen solche möglichen Rassenkrawalle vorsieht.

SD gegen Ausverkauf der Heimat

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen mit grossem Missmut von den Plänen des Bundesrates Kenntnis, die Lex Koller (vormals Lex Friedrich) vollständig aufzuheben und somit den Grundstücksverkauf an Personen im Ausland völlig freizugeben. Mit dieser Aufhebung der Gesetzesbestimmungen missachtet die Landesregierung den deutlichen Volksentscheid vom 25. Juni 1995. Damals sind 53 Prozent der Stimmenden dem SD-Referendum gegen die Lockerung der Lex Koller (gegen den «Ausverkauf der Heimat») gefolgt.

Bereits jetzt kündigen die Schweizer Demokraten (SD) schärfsten Widerstand gegen die Aufhebung der Lex Koller an und prüfen das neuerliche Referendum. Niemals werden die SD auch nur einen Teilausverkauf der Heimat zulassen.

**Schweizer Demokraten (SD)
sig. Roland Schöni
SD-Zentralsekretär**

26.08.2005
Mehr Arbeitslose mit Ost-Zuwanderung

Bernhard Hess, Nationalrat und Präsident Schweizer Demokraten (SD)

Seit dem 1. Juni 2004 gilt die volle Personenfreizügigkeit mit den 15 alten EU-Staaten. Und bereits merken wir: Immer mehr EU-Bürger suchen in der Schweiz eine Arbeitsstelle. Allein im Kanton Zürich treten jeden Monat rund 2'000 Arbeitskräfte aus der EU eine Stelle an. Mit der Ausdehnung der Freizügigkeit auf die osteuropäischen Staaten würde sich diese Problematik drastisch verschärfen. Mehr Arbeitslose und ein massiver Lohndruck wären die Folgen.

Bereits heute leiden verschiedene Grenzkantone unter den unmittelbaren Auswirkungen der Personenfreizügigkeit: Im Grenzkanton Tessin sind ab dem 1. Juni 2004 innert nur vier Monaten rund 3'500 Leute zum kurzfristigen Arbeiten eingereist, viele davon als „selbständig Erwerbende“, viele via Vermittlungsbüros. Für den Kanton Tessin entspricht diese enorme Zahl einer eigentlichen Explosion der Einreisen. In Genf ist die Zahl der Grenzgänger aus Frankreich bis Ende 2004 um über 4'000 auf rund 45'000 angestiegen. Mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen Mitgliedsländer wird eine weitere Welle von Arbeitslosen aus dem Ausland in der Schweiz ihr Glück versuchen und die Zahl der Arbeitslosen in der Schweiz in die Höhe treiben.

Problematische Wohlstandsunterschiede

Die Motive zur Einwanderung haben sich in den vergangenen Jahren verändert: Heute haben wir es nicht mehr mit einer Migration zum Arbeitsplatz Schweiz, sondern mit einer Zuwanderung zum Sozialsystem zu tun. Dies hat verschiedene Gründe: Einerseits die Attraktivität unserer Sozialwerke. Und andererseits die massiven Wohlstandsunterschiede zwischen der Schweiz und den anderen Staaten.

Während die Schweiz zur Zeit rund 3,7% Arbeitslose zählt, sind die Arbeitslosenraten der neuen EU-Länder enorm: In Polen beträgt die Arbeitslosenrate 18,2 %, in der Slowakei 16,5 % und in Lettland 9,6 %. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 37,7 % (Polen) bzw. 29,3 % (Slowakei) und 18,7 % (Lettland). Der Wille auszuwandern, ist damit hoch. Und die erweiterte Personenfreizügigkeit ist eine Einladung dazu.

Bei Wohlstandsunterschieden liegt freie Einwanderung immer im Interesse der armen Länder, nie im Interesse der reichen Länder. Jede freie Einwanderung ebnet Wohlstandsunterschiede ein und bringt damit den wohlhabenden Ländern einen Verlust. Da das Gefälle zwischen der Schweiz und den neuen EU-Staaten in vielen Bereichen gross ist, würde die zusätzliche Personenfreizügigkeit für unser Land generell eine starke Nivellierung nach unten bringen. Diese ökonomische Selbstverständlichkeit lässt sich auch durch so genannte „flankierende Massnahmen“ nicht aufhalten.

Billigkonkurrenz für unser Gewerbe

Die Befürworter behaupten: „Einwandern darf nur, wer über einen Arbeitsvertrag verfügt.“ Dies ist völlig falsch. Jedermann kann als selbständig Erwerbender einwandern. Jeder „Selbständige“ erhält eine Aufenthaltserlaubnis, sofern er den Behörden nachweist, dass „er zu diesem Zweck niedergelassen ist oder sich niederlassen will“. Praktisch jede Tätigkeit kann nicht nur als Angestellter, sondern auch als selbständig Erwerbender ausgeübt werden; vom Arbeiter auf dem Bau (z.B. selbständig erwerbender Dachdecker) bis hin zur „selbständigen Schreibkraft“ (z.B. Sekretärin, die selbständig erwerbend für verschiedene Büros arbeitet). Jedermann kann als „Ein-Mann-Firma“ tätig werden (in Deutschland hat sich der Name „Ich-AG“ eingebürgert). Diese sog. „selbständig Erwerbenden“ sind natürlich an keinerlei Mindestlöhne gebunden. Das heisst: Sie können mittels Dumpingpreisen unser Gewerbe aushebeln.

Es ist sogar gestattet, für die *Arbeitssuche* in die Schweiz zu kommen: Jeder EU-Bürger hat das Recht, in der Schweiz mindestens sechs Monate lang eine Arbeit zu suchen. Ebenso reichen ein

Arbeitsvertrag für ein Teilpensum (z.B. 50%) oder ein Studium aus, um einen Rechtsanspruch zu erlangen, in die Schweiz zu ziehen.

Massive Belastung für Sozialwerke

Mit der Personenfreizügigkeit wird die Möglichkeit geschaffen, dass Einwanderer kommen können, die vom ersten Tag an nicht in der Lage sind, ihr Existenzminimum zu decken. Denn Ausländer können mit beliebig grossen Familien einwandern. Selbst wenn ihr Lohn über einem allfälligen Mindestlohn liegt, kann somit in vielen Fällen das Existenzminimum bei weitem nicht gedeckt werden. Und Ausländer, die ihre Familie in die Schweiz holen, aber deren Lebensunterhalt nicht finanzieren können, haben Anrecht auf Sozialhilfe. Wie soll verhindert werden, dass solche Einwanderer von allem Anfang an in Armut leben und der Sozialhilfe zur Last fallen?

Wer einmal in der Schweiz eine Aufenthaltsgenehmigung hat, wird auch nicht wieder ausreisen, wenn er keine Arbeit oder kein Auskommen mehr findet. Dies umso mehr als die Sozialversicherungen in der Schweiz grosszügige Leistungen vorsehen. Damit ist auch klar, dass die Zuwanderung höhere Kosten im Sozialbereich nach sich ziehen wird. Mit den Arbeitskräften und Selbständigen wandern auch deren Familien zu. Der Familiennachzug ist nicht beschränkt. Damit erhöhen sich die Zahl der fremdsprachigen Kinder und so auch die Probleme im Schulbereich. Die Schweizer Kinder werden endgültig zur Minderheit werden, und die Probleme, welche die PISA-Studie an den Tag gebracht hat, werden noch zunehmen.

Dambruch für künftige EU-Mitglieder

Am 25. September geht es nicht nur um die neuen EU-Länder. Denn bei einem Ja zur Ost-Personenfreizügigkeit ist es illusorisch zu glauben, dass die Schweiz bei künftigen EU-Erweiterungen je wieder wird Nein sagen können. Und die EU erweitert sich rasend schnell: Auf den 1. Januar 2007 ist der EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien geplant. Aus diesen Ländern droht eine enorme Zuwanderung, da dort viele Menschen in grösster Armut und ohne festen Wohnsitz („Fahrende“) leben. Als nächstes dürften die Balkanstaaten (Kroatien, Serbien inkl. Kosovo, Bosnien, Mazedonien, Albanien) folgen, denn die EU will diese Staaten so rasch wie möglich integrieren. Spätestens beim EU-Beitritt dieser Länder würde die Schweiz (wegen der Sogwirkung der bereits hier lebenden Balkan-Angehörigen) eine Masseneinwanderung erleben, die unser Land kaum verkraften könnte. Und schliesslich ist beschlossen, dass in absehbarer Zeit auch die Türkei in die EU aufgenommen wird, womit auf einen Schlag über 70 Millionen türkische EU-Bürger dazu kämen.

Tatsache ist: Die Schweiz verliert mit der Personenfreizügigkeit aus den osteuropäischen Staaten an Wohlstand, die Arbeitslosigkeit steigt an, und auch die Kriminalitätsrate erhöht sich. Aus diesem Grund ist ein Nein am 25. September die pragmatische und richtige Entscheidung.

29.3.05

Medienmitteilung: Über 80'000 Unterschriften eingereicht!

Es war ein Leichtes, die notwendigen Referendums-Unterschriften gegen den freien Personenverkehr mit den neuen Ost-EU-Ländern zusammenzutragen. Wir freuen uns, dass wir die beglaubigten Unterschriften heute einreichen können.

Innert 60 Tagen kamen über 80'000 Unterschriften für das Referendum zusammen. Dies trotz widriger Wetterumstände (Kälte während Wochen) und trotz undemokratischer Behinderungsversuche durch den Bundesrat (unübliche Ansetzung der Referendumsfrist mitten in den Weihnachtstagen). Auch kaufte die mächtige Wirtschaftsorganisation „Economie-Suisse“ Internettitel (Domaines) der Personenfreizügigkeitsgegner auf, um zu verhindern, dass die Gegner einen guten Internethomepage für ihre Seiten haben. Mit solchen Leuten hat es unser Volk nun zu tun! Es geht in den kommenden Monaten darum, dem Volk aufzuzeigen, dass es sich nicht von den Mächtigen, die mit zigfacher Millionenpropaganda alles plattwalzen wollen, kaufen lassen soll.

Personenfreizügigkeit mit den neuen Ost-EU-Ländern heisst „freie Einwanderung“. Wenn wir die Personenfreizügigkeit auf diese Staaten ausdehnen, gibt es keine Bremse mehr. Und bald werden dann zusätzlich Rumänien, Bulgarien, der Balkan und die Türkei der EU beitreten.

Masseneinwanderung wäre die Folge. Ausländische Lohndrücker und Billiganbieter gefährden schon heute immer stärker unseren Wohlstand und unseren Arbeitsfrieden. Unser Gewerbe und der Mittelstand wären mit der Ost-Personenfreizügigkeit nicht mehr konkurrenzfähig. Einheimische würden - wie es bereits jetzt wegen der Osterweiterung in der EU immer mehr geschieht - ihre Arbeitsplätze verlieren. Dagegen nützen auch die sogenannten „flankierenden Massnahmen“ nichts! Das Lohnniveau würde sinken. Die Armut würde sich ausweiten. Der Ausländerzustrom zu unseren Sozialwerken würde noch mehr zunehmen.

Dem überparteilichen Komitee gegen die Ost-Personenfreizügigkeit gehören an: Organisationen: Schweizer Demokraten (SD), Lega dei Ticinesi, Freiheitspartei (FPS), Katholische Volks-Partei (KVP), Young4FUN, Mittelland-Komitee, Unternehmervereinigung gegen den EWR/EU-Beitritt, Komitee selbstbewusste freie Schweiz, Abendland, Neuer Rütlibund, Schweizer Bürgervotum. Personen: Nationalrat Oskar Freysinger VS, Nationalrat Bernhard Hess BE, Nationalrätin Jasmin Hutter SG, Nationalrat Jacques Pagan GE, Nationalrat Luzi Stamm AG, Grossrätin Silva Flückiger AG, Kantonsrat Lukas Reimann SG, Stadtrat Giuliano Bignasca Lugano.

Mit freundlichen Grüssen namens des Referendums-Komitees:

Sig. Rudolf Keller, Landrat/e.Nationalrat Sig. Bernhard Hess, Nationalrat SD-Zentralpräsident, Frenkendorf SD-Zentralsekretär, Bern

25. September 2005

**SD: Achtungserfolg!
Niederlage für die Zukunft unseres Landes**

Mit grossem Bedauern nehmen die Schweizer Demokraten (SD) die Annahme der Ost-Personenfreizügigkeit durch das Volk zur Kenntnis. Die grösste Verführungs- und Werbekampagne (30 bis 40 Millionen Franken), welche je zu einer Abstimmung gemacht wurde, hat somit ihr Ziel erreicht. Mit dieser gigantischen Werbekampagne wurde der Beweis erbracht, dass man sich eine Mehrheit erkaufen kann. Trotzdem respektieren die SD den Entscheid. Es lastet nun eine sehr grosse Verantwortung auf den Siegern. Unserem Volk wurde das blaue vom Himmel herunter versprochen. Die Zukunft wird wohl zeigen, dass viel von dem Geschriebenen und Gesagten inhaltlose Werbung war. Ein Ja sichere uns den Wohlstand und unsere Wirtschaft laufe mit einer Zustimmung zur Ost-Personenfreizügigkeit besser. Dieses zentrale Argument wird sich nun beweisen müssen. Die SD befürchten einen verstärkten Einwanderungsdruck, mehr Arbeitslosigkeit, einen noch stärker zunehmenden Konkurrenzdruck am Arbeitsplatz und massiv zunehmenden Druck auf unsere Löhne. **Mit Einwanderung lösen wir all diese Probleme nicht! Deshalb fordern die SD einen Einwanderungsstopp in unser bereits massiv überfremdetes und überfülltes Land.**

Mit Nachdruck fordern die Schweizer Demokraten den Bundesrat auf, das EU-Beitrittsgesuch endlich zurückzuziehen!

Besonderes Augenmerk werden wir auf einige Konzernbosse haben, **die den Missbrauch** von Sonderbaurechten, Wirtschaftsförderungen und Steuervorteilen **kurzfristig für sich in Anspruch nehmen wollen** und nach Ausschöpfen dieser Vorzugsbehandlung die Firmen mit den Angestellten im Stich lassen um in einer anderen Region oder gar in einem andern Land das selbe Spiel nochmals zu versuchen!

Ein Dank gebührt allen anderen politischen Parteien und Organisationen, welche die SD in ihrem Abstimmungskampf unterstützt haben. Mit den Schweizer Demokraten als soziale und patriotische Kraft, wird auf dem politischen Parkett auch künftig zu rechnen sein!

Kanton Solothurn: Mit Freude nehmen die SD zur Kenntnis, dass das fakultative Ausländerstimmrecht in Gemeindeangelegenheiten sehr deutlich verworfen wurde.

Schweizer Demokraten (SD)

8. November 2005
SD gegen Ausverkauf der Heimat

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen mit grossem Missmut von den Plänen des Bundesrates Kenntnis, die Lex Koller (vormals Lex Friedrich) vollständig aufzuheben und somit den Grundstückverkauf an Personen im Ausland völlig freizugeben. Mit dieser Aufhebung der Gesetzesbestimmungen missachtet die Landesregierung den deutlichen Volksentscheid vom 25. Juni 1995. Damals sind 53 Prozent der Stimmenden dem SD-Referendum gegen die Lockerung der Lex Koller (gegen den «Ausverkauf der Heimat») gefolgt.

Bereits jetzt kündigen die Schweizer Demokraten (SD) schärfsten Widerstand gegen die Aufhebung der Lex Koller an und prüfen das neuerliche Referendum. Niemals werden die SD auch nur einen Teilausverkauf der Heimat zulassen.

SD zu den Rassenkrawallen in Frankreich

Die Schweizer Demokraten (SD) schauen sorgenvoll auf die Entwicklungen in Frankreich. Die seit Tagen andauernden Ausschreitungen in den französischen Banlieus zeigen genau jene Entwicklungen für ganz Europa auf, die eintreten, wenn die bisherige Einwanderungspolitik in vollem Ausmass weitergeht. Die fürchterlichen Bilder aus den französischen Ghetto-Vorstädten zeigen damit einmal mehr, dass der Ruf nach einem sofortigen Zuwanderungsstopp, nach griffigen Integrationsmassnahmen sowie nach Minuszuwanderung weder populistisch noch menschenverachtend ist.

In diesen Tagen zeigt sich auch, dass Integration weder «von oben» verordnet noch herbeigeredet werden kann. Auch hierzulande ist die Situation in manchen Stadtteilen von Basel, Bern, Genf und Zürich bereits soweit fortgeschritten, dass die schweizerische Bevölkerung durch die Zuwanderungsschübe zu einer Minderheit geworden ist. Dies birgt die Gefahr der Heranbildung von Parallelgesellschaften.

Die Schweiz wie auch Europa täten gut daran, sich endlich mit dem Problem der Zuwanderung ernsthaft auseinanderzusetzen. Pseudohumanistische Motive und wortreiche Erklärungen werden nicht ausreichen, um dieses Problem zu lösen. Nationalrat Bernhard Hess wird deshalb in der Wintersession eine Motion einreichen, welche die gesetzlichen Grundlagen schaffen soll, damit kriminelle Ausländer umgehend ausgeschafft werden können. Zudem will Hess vom Bundesrat wissen, ob ähnliche Ausbrüche von Hass und Gewalt junger Migranten auch hierzulande auszuschliessen sind und welche Massnahmen die Landesregierung gegen solche möglichen Rassenkrawalle vorsieht.

SD gegen Ausverkauf der Heimat

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen mit grossem Missmut von den Plänen des Bundesrates Kenntnis, die Lex Koller (vormals Lex Friedrich) vollständig aufzuheben und somit den Grundstückverkauf an Personen im Ausland völlig freizugeben. Mit dieser Aufhebung der Gesetzesbestimmungen missachtet die Landesregierung den deutlichen Volksentscheid vom 25. Juni 1995. Damals sind 53 Prozent der Stimmenden dem SD-Referendum gegen die Lockerung der Lex Koller (gegen den «Ausverkauf der Heimat») gefolgt.

Bereits jetzt kündigen die Schweizer Demokraten (SD) schärfsten Widerstand gegen die Aufhebung der Lex Koller an und prüfen das neuerliche Referendum. Niemals werden die SD auch nur einen Teilausverkauf der Heimat zulassen.

Schweizer Demokraten (SD)
sig. Roland Schöni
SD-Zentralsekretär